

Karin Böllert · Peter Hansbauer
Brigitte Hasenjürgen
Sabrina Langenohl (Hrsg.)

Die Produktivität des Sozialen – den sozialen Staat aktivieren

Sechster Bundeskongress
Soziale Arbeit



LEISTUNG BILDUNG LEHREN SOZIALISATION DROGEN JUGEND REFORM
ERZIEHUNG IDENTITÄT GESCHLECHT FAMILIE KULTUR SCHULE ARBEIT
GEWALT LERNEN SEXUALITÄT UNTERRICHT RELIGION ALTER EVALUATION
GENERATION SOZIALSTRUKTUR MEDIEN UMWELT KINDHEIT METHODEN
PISA KRIMINALITÄT FREIZEIT INSTITUTIONEN ELTERN UNGLEICHHEIT



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Karin Böllert · Peter Hansbauer · Brigitte Hasenjürgen
Sabrina Langenohl (Hrsg.)

Die Produktivität des Sozialen – den sozialen Staat aktivieren

Karin Böllert · Peter Hansbauer
Brigitte Hasenjürgen
Sabrina Langenohl (Hrsg.)

Die Produktivität des Sozialen– den sozialen Staat aktivieren

Sechster Bundeskongress
Soziale Arbeit



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage August 2006

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2006

Lektorat: Stefanie Laux

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Redaktion: Natascha Lembeck

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN-10 3-531-15150-9

ISBN-13 978-3-531-15150-2

Vorwort der HerausgeberInnen.....	7
-----------------------------------	---

Karin Böllert

Die Produktivität des Sozialen – den sozialen Staat aktivieren.....	15
---	----

I. Die Produktivität des Sozialen durch Soziale Arbeit gestalten

Michael May

Woher kommt die Produktivität des Sozialen? Ansätze zu einer Analyse ihrer Produktivkräfte	31
---	----

Rainer Treptow

Bildung für alle – Zum Bildungsauftrag der Sozialen Arbeit	49
--	----

Michael Galuske

Zukunft der Arbeit	57
--------------------------	----

Karl-Heinz Boeßenecker

Freie Träger – Wohlfahrtsverbände als Produzenten des Sozialen?.....	63
--	----

Silvia Staub-Bernasconi

Kommt nach dem Abbau des (Sozial)Staates die demokratische Zivilgesellschaft?	71
--	----

Annette Treibel

Islam und Integration – ein Gegensatz? Ein soziologisches Plädoyer für eine neue Aufmerksamkeit	99
--	----

Ulrike Gschwandtner

Die Ökonomisierung des Sozialen als Frage der Geschlechterverhältnisse – für eine Politik der Einmischung.....	107
---	-----

Uta Klein

Europäische Integration und Geschlechterverhältnisse	113
--	-----

Gaby Lenz

Auswirkungen der Geschlechterverhältnisse auf Soziale Arbeit im Europa....	129
--	-----

Ulrike Werthmanns-Reppekus

Zur Produktivität von Generationenbeziehungen in der Kinder- und Jugendarbeit	139
--	-----

Gerhard Naegele

Die Potenziale des Alters nutzen – Chancen für den Einzelnen und die Gesellschaft.....	147
---	-----

Ulrich Otto

Anforderungen an eine neue soziale Professionalität in einer alternden Gesellschaft.....	157
--	-----

Karin Stiehr

Bürgerschaftliches Engagement als Option für eine selbst bestimmte Gestaltung des Alters und Zielorientierung in der offenen Altenarbeit....	163
--	-----

Annette Zimmer

Bürgerschaftliches Engagement im gesellschaftlichen Wandel!.....	169
--	-----

Piotr Salustowicz

Soziale Arbeit und Empowerment – einige kritische Bemerkungen zur Suche nach einer politischen Sozialen Arbeit.....	187
---	-----

Susanne Maurer

Soziale Bewegungen als Kämpfe um Soziale Teilhabe oder: Die Rhythmisierung des gesellschaftlichen Raums	197
---	-----

II. Den Sozialen Staat durch Soziale Arbeit aktivieren

Dietrich Lange/ Hans Thiersch

Die Solidarität des sozialen Staates – Die Solidarität des reformierten Sozialstaates	211
---	-----

Ingrid Burdewick

Politische Partizipation und Anerkennung im Kontext Sozialer Arbeit.....	227
--	-----

Timm Kunstreich

Klientin – Kundin – Nutzerin – Genossin?!.....	241
--	-----

Walter Lorenz

Soziale Arbeit als angewandte Sozialpolitik – eine europäische Perspektive ..	261
---	-----

Danuta Urbaniak-Zajac

Die Osterweiterung der Europäischen Union und die Soziale Arbeit.....	273
---	-----

Hans-Uwe Otto

Die Zukunft der Sozialen Arbeit als Profession – eine bundesrepublikanische Suchbewegung	283
--	-----

Autorinnen und Autoren.....	291
-----------------------------	-----

Vorwort

Vom 22. bis zum 24. September 2005 fand der Sechste Bundeskongress Soziale Arbeit unter dem Thema „Die Produktivität des Sozialen – Den sozialen Staat aktivieren“ in Münster statt. Mit der Wahl des Kongressthemas macht der Initiativkreis deutlich, dass sich auch die Soziale Arbeit der Frage nach ihrer Produktivität, also dem Sinn und Nutzen für die Gesellschaft neu stellen möchte. Zugleich kann der Titel als kritische Anfrage gelesen werden, ob diese Gesellschaft ohne den sozialen Staat vorstellbar, vor allem aber, ob sie wünschenswert ist. Das Thema des Kongresses stößt somit eine (selbst-)kritische Bestandsaufnahme an und wagt den Versuch, die Entwicklung eines sozialen und gerechten Staats kritisch zu begleiten und perspektivisch voranzubringen.

Eingebunden in gesellschaftliche Wandlungs- und Modernisierungsprozesse gerät auch die Soziale Arbeit immer stärker unter Legitimationsdruck und ist daher gefordert, ihre Ziele und Methoden in Abstimmung zwischen öffentlichen Erwartungen, Politik und Ökonomie, sozialpädagogischer Praxis und Wissenschaft offen zu legen und ihren gesellschaftlichen Nutzen transparent zu machen. Gegenwärtig beansprucht das Wirtschaftssystem in wachsendem Maße die Definitionsmacht darüber, nach welchen Kriterien gesellschaftliche Produktivität – auch die der Sozialen Arbeit – zu definieren sei. Die Soziale Arbeit eng an von Außen gesetzten Wirtschaftlichkeitskriterien auszurichten, muss aber fast zwangsläufig in Konflikt mit ihren funktionalen Aufgaben geraten. In den vergangenen Jahrzehnten war die Soziale Arbeit immer auch ein Seismograph gesellschaftlicher Veränderungen und hat es verstanden, auf neu entstehende Notlagen flexibel zu reagieren. Die Fähigkeit, Probleme wahrzunehmen und angemessen zu handeln, setzt aber Handlungsspielräume voraus, in denen Innovationen vorbereitet, weiterentwickelt und umgesetzt werden können, d.h. es greift fehl, den Wert der Sozialen Arbeit auf Kostenaspekte zu verengen. Ganz bewusst setzte der Kongress dazu einen Kontrapunkt.

Doch auch die Soziale Arbeit muss Rechenschaft über ihr Handeln ablegen und begründen, weshalb sie für diese Gesellschaft von Nutzen ist und mit welchen Mitteln sie dieser Aufgabe gerecht wird. Gleichermassen muss sie sich selbst immer wieder als Profession und Disziplin reflexiv gegenüberstellen und sich fragen, ob und in wie weit sie selbst dazu beiträgt, soziale Probleme zu erzeugen, die ohne sie nicht bestünden. Als Beispiele seien Städte genannt, in denen immer deutlicher Segregationsprozesse entlang von ökonomischen, sozialen und ethnischen Kriterien erfolgen und ganze Stadtteile dauerhaft ins Abseits zu geraten drohen. So richtig es ist, hier möglichst früh Hilfen anzubieten, um die Handlungskompetenzen der Betroffenen zu erweitern und solche Stadtteile in besonderer Weise zu fördern, so gefährlich ist es zugleich dies zu tun. Denn

je früher soziale Hilfen einsetzen und je mehr Sozialarbeit sich an einem Ort konzentriert, desto größer wird das Risiko, dass sich Stigmatisierungsprozesse verstärken. Mehr Soziale Arbeit ist daher nicht immer die Lösung für wachsende soziale Probleme, vielmehr muss dieses Mehr auch mit anderen Formen der Hilfe einhergehen.

So notwendig die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Profession auch ist, so wichtig es ist, sich der eigenen Handlungsgrundlagen und -motive immer wieder zu vergewissern, so wenig genügt es, sich damit zu begnügen. In einer Gesellschaft, in der es in zunehmendem Maße zu Exklusionsprozessen kommt und sich die Inklusionsmöglichkeiten für Teile der Bevölkerung verengen – so verstärken sich z.B. Verteilungskämpfe zwischen Erwerbstätigen im ersten Arbeitsmarkt und langfristig Arbeitslosen, zwischen Individuen und Gruppen mit hoher und niedriger Bildungsbeteiligung etc., wird die politische „Lobbyfunktion“ wieder wichtiger. Dem trägt der Untertitel des Bundeskongresses „Den sozialen Staat aktivieren“ Rechnung. Auch perspektivisch soll damit ein Weg gewiesen werden, der über die Sozialstaatsdebatten vorangegangener Jahrzehnte hinausreicht. Gerade die im Untertitel vorgenommene Fokussierung des Kongressthemas auf den „sozialen Staat“ – und eben nicht auf den Sozialstaat – macht deutlich, dass sich eine Neupositionierung Sozialer Arbeit im gesellschaftlichen Raum nicht alleine über die Rückgewinnung sozialer Gestaltungsmacht durch den Staat bewerkstelligen lässt. Nach wie vor ist zwar die öffentliche Infrastruktur eine konstitutive Bedingung für den „sozialen Staat“ – der Diskurs um den „sozialen Staat“ umfasst aber gleichermaßen aktuelle Diskussionen um die Zukunft der Bürgergesellschaft, die Einbindung von Nutzern als Ko-Produzenten Sozialer Arbeit oder die Frage nach der Realisierung von Menschenrechten in einer Einwanderungsgesellschaft und international.

Unter dem weit gespannten Thema „Die Produktivität des Sozialen – Den sozialen Staat aktivieren“ diente der Bundeskongress sowohl dem Wissenstransfer zwischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit als auch der Verständigung von Disziplin und Profession über die gegenwärtigen gesellschaftlichen Probleme und Unsicherheiten, über ihre je spezifischen Äußerungsformen und über die Aufgaben, die der Sozialen Arbeit daraus erwachsen. Der Sechste Bundeskongress reihte sich damit in die „Traditionslinie“ der vorangegangenen Bundeskongresse ein, die angesichts immer riskanter werdenden sozialen Ungleichheitslagen zu einem unverzichtbaren Forum für die theoretische Vergewisserung und Reflexion geworden sind.

Mit insgesamt rund 1500 Teilnehmern und Teilnehmerinnen sowie Aktiven erfreute sich der Sechste Bundeskongress eines regen Zuspruchs unter Praktikern und Theoretikern der Sozialen Arbeit. Insgesamt fanden während des Kongresses vierzehn Symposien, vier Foren, ein Sozialpolitisches Forum, acht Vor-

träge und 78 Arbeitsgruppen statt. Dies sind beeindruckende Zahlen, die unterstreichen, wie vielfältig die Themen waren, die auf dem Kongress diskutiert wurden. Hinzu kommt, dass es durch die Einbeziehung ausländischer Referentinnen und Referenten, aber auch durch Besucher aus dem benachbarten Ausland gelungen ist, das Kongressthema über den nationalen Rahmen hinaus zu öffnen und Impulse und Erfahrungen aus dem europäischen Ausland in bundesdeutsche Diskussionen einzubringen.

Von der Vielfalt dieser Diskussionen kann der hier nun vorliegende Sammelband nur einen kleinen Ausschnitt zeigen. Der Band beginnt mit dem Eröffnungsvortrag, in dem *Karin Böllert* das Thema des Kongresses in die Debatten um die Rolle der Sozialen Arbeit im aktivierenden Sozialstaat einbettet. Sie zeigt, welchen Schwierigkeiten die Soziale Arbeit in diesem neuen Sozialstaatsverständnis, das mit einem neuen Menschenbild einhergeht, gegenübersteht und formuliert die daraus resultierende Herausforderung, „die Soziale Arbeit als Aktivierung eines sozialen Staates zu positionieren“.

Im ersten Teil des Bandes wenden sich die Beiträge der Frage zu, wie die Produktivität des Sozialen durch Soziale Arbeit gestaltet werden kann. *Michael May* diskutiert die Produktivität des Sozialen im Hinblick auf das Verhältnis von Sozialem und Ökonomie vor dem Hintergrund der Produktionsmittel und Produktionsverhältnisse sowie der Unterscheidung von ‚toter‘ und ‚lebendiger‘ Arbeit und leitet konzeptionelle Konsequenzen aus seinen Überlegungen ab.

Rainer Treptow stellt neun Thesen zum Verhältnis von Bildung und Sozialer Arbeit und damit zum Verhältnis von Bildung und Hilfe zur Diskussion und untersucht dieses besonders für den Zusammenhang von Bildung zur Kinder- und Jugendhilfe sowie zum Sozialstaat. *Michael Galuske* formuliert ebenfalls Thesen, hier zum Thema „Zukunft der Arbeit“, vor dem Hintergrund der Annahme, dass die momentanen ökonomischen und politischen Trends anhalten und zeichnet ein Bild der Prekarisierung und des Schwindens von Arbeit.

Der Beitrag von *Karl-Heinz Boßenecker* wendet sich der Entwicklung der „Wohlfahrtsverbände als Produzenten des Sozialen“ zu. Er zeichnet vier Phasen seit den 60iger Jahren nach und geht für die Zukunft von einer verstärkten Kooperation sowie einer nicht aufzuhaltenden Zunahme der Wettbewerbssituation aus.

Silvia Staub-Bernasconi beschreibt die Überfrachtung der Zivilgesellschaft mit Erwartungen und warnt vor den Folgen des Rückzugs eines starken Sozial- und Rechtsstaates: Anhand der Berichte von Fadela Amara aus den französischen Banlieues zeichnet sie die Gefahr eines erstarkenden religiösen Fundamentalismus nach und analysiert dieses Phänomen über religiöse sowie staatliche Grenzen hinweg. Daran anknüpfend verdeutlicht sie gesellschaftliche Reaktionsmöglichkeiten und formuliert Herausforderungen für die Soziale Arbeit.

An diese Diskussion schließt *Annette Treibel* aus soziologischer Sicht an, indem sie sich sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen über die Bedeutung des Islams für MigrantInnen in Deutschland zuwendet und besonders die Geschlechternormen hinterfragt. Sie kommt zu dem Schluss, dass es keinen zwangsläufigen Zusammenhang zwischen Islam und Segregation gibt, fordert aber gleichzeitig einen Abschied von der bequemen Scheintoleranz der Mehrheitsgesellschaft.

Das Thema der Produktivität des Sozialen wird von *Ulrike Gschwandtner* besonders aus dem Blickwinkel der Ökonomisierung des Sozialen aufgegriffen und im Bezug auf die Auswirkungen dieser Prozesse auf eine Verschärfung der Geschlechterhierarchie untersucht. Durch Aktivierungs- und Flexibilisierungsstrategien werden Leistungen vom öffentlichen in den privaten Dienstleistungssektor oder in die private Sphäre verlagert, was Frauen überproportional häufig trifft.

Die Beiträge von Uta Klein und Gaby Lenz thematisieren ebenfalls Geschlechterverhältnisse, hier aber besonders im Hinblick auf die durch die europäische Integration ausgelösten Veränderungen. *Uta Klein* untersucht die politisch-rechtliche Integration, die Markt- und die kulturelle Integration. *Gaby Lenz* stellt die unterschiedlichen europäischen Wohlfahrtsstaatsmodelle und die darin eingebettete Soziale Arbeit dar und analysiert die Auswirkungen der jeweiligen Konstellationen auf das Geschlechterverhältnis.

Ulrike Werthmanns-Reppekus widmet sich der Frage der Beziehung zwischen Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen in der Kinder- und Jugendarbeit unter dem spezifischen Blickwinkel der Generationenbeziehung und den hierin begründeten professionellen Herausforderungen. Die folgenden drei Beiträge greifen das von Ulrike Werthmanns-Reppekus angesprochene Thema Generation dann aus der Sicht der älteren Generation auf.

Gerhard Naegele konzentriert sich besonders auf die Potentiale älterer Menschen und rekurriert auf die momentane Konjunktur der Frage nach der Produktivität der älteren Generation. Aus der gerontologischen Perspektive beleuchtet Naegele sowohl die individuellen als auch die sozialen Effekte einer Produktivität des Alters, die mit einer „(Wieder-) Verpflichtung des gesellschaftlich entpflichteten Alters“ (Naegele 1993) einhergeht und warnt gleichzeitig vor einer Instrumentalisierung der Potentiale älterer Menschen.

Ulrich Otto analysiert das Thema der alternden Gesellschaft im Hinblick auf die Professionalität der Sozialen Arbeit. Ausgehend von der These, dass Soziale Arbeit aufgrund ihres Technologiedefizits besonders geeignet für die Arbeit mit älteren Menschen sei, formuliert er Entwicklungschancen durch Multiprofessionalität, Kontextualisierung und Koproduktion.

Auch *Karin Stiehr* beschäftigt sich mit der Gestaltung der Altersphase und greift die Diskussion um freiwilliges Engagement als Gestaltungsoption auf, warnt aber gleichzeitig davor, das Engagement der jungen Alten als eine mögliche Lösung für die Belastungen anzusehen, die der Gesellschaft aus dem demographischen Wandel entstehen. Für die Soziale Arbeit stelle dies eine Herausforderung dar, einerseits den Freiwilligen ein selbstbestimmtes Engagement zu ermöglichen, andererseits aber auch der Gefahr zu begegnen, dass hauptamtliche Stellen gefährdet und Qualitätsstandards unterlaufen werden.

An die bei Karin Stiehr eröffnete Debatte um das freiwillige Engagement knüpft *Annette Zimmer* in ihrem Beitrag an. Sie legt besonderen Wert auf die begriffliche Abgrenzung des bürgerschaftlichen Engagements als ein Engagement ‚von unten‘ und lenkt den Blick auf die Konjunktur des Themas und aktuelle Forschungsergebnisse zum bürgerschaftlichen Engagement, vor allem zu den Fragen der Motivation, der Engagementsektoren und des Stiftungswesens. In einem Ausblick stellt sie die Schwierigkeiten der Einbeziehung bisher weniger engagierter Bevölkerungsgruppen dar.

Piotr Salustowicz analysiert ausgehend von einem eng gefassten Begriff des Empowerment-Ansatzes dessen kritisches Potenzial für die Soziale Arbeit in einem aktivierenden Sozialstaat und verdeutlicht dies an einem Beispiel aus Manila. Für westliche Gesellschaften sieht er aufgrund fehlender sozialstaatlicher Rahmenbedingungen wenig Chancen, die emanzipatorische Produktivität des Empowerments umzusetzen.

Einen anderen Blick auf die Produktivität des Sozialen nimmt *Susanne Maurer* ein, indem sie die Sozialen Bewegungen in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen stellt und damit deren Möglichkeiten, soziale Teilhabechancen zu verändern. Aus gouvernementalistischer Perspektive reflektiert sie, wie oppositionelle Soziale Bewegungen möglich sind und wo sich Kritik entfalten kann.

Im zweiten Teil des Kongressbandes „Den Sozialen Staat durch Soziale Arbeit aktivieren“ wird der Blick stärker auf sozialpolitische Perspektiven gelenkt und Forderungen an eine zukünftige Soziale Arbeit aufgestellt. *Dietrich Lange* und *Hans Thiersch* leiten diesen Teil des Bandes mit ihrem Beitrag zum Thema Solidarität des Sozialen Staates ein. Dabei setzen sie sich mit den vielfältigen Implikationen des Begriffs Solidarität – u.a. in seinem Verhältnis zu Hilfe – auseinander und diskutieren den gesellschaftlichen Wandel und die damit einhergehenden Veränderungen des Solidaritätskonzeptes als sozialetisches Prinzip.

Ingrid Burdewick lenkt den Blick auf die politische Partizipation Jugendlicher. Auf Basis einer qualitativen Studie stellt sie dar, dass Jugendliche sich von der politischen Welt der Erwachsenen nicht wahrgenommen fühlen, rekon-

struiert die Äußerungen der Mitglieder eines Jugendparlamentes mit Hilfe der Anerkennungstheorie von Axel Honneth und entwickelt in einem Ausblick Herausforderungen für die Soziale Arbeit in pädagogischer, politischer und wissenschaftlich-theoretischer Hinsicht.

Timm Kunstreich beginnt seinen Beitrag mit einer begrifflichen Abgrenzung und inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Termini ‚Klientin‘, ‚Kundin‘, ‚Nutzerin‘, ‚Genossin‘. Er plädiert für die Einführung des genossenschaftlichen Prinzips in der Sozialen Arbeit als zwingend notwendige Methode, sozialen Ausschluss zu bekämpfen und stellt drei Beispiele solcher Sozialgenossenschaften vor.

Walter Lorenz widmet sich der europäischen Perspektive der Sozialen Arbeit als angewandte Sozialpolitik. Nachdem er die Zusammenhänge und Verstrickungen zwischen Sozialer Arbeit und Sozialpolitik aufzeigt, fordert er eine Positionierung Sozialer Arbeit in europäischer Perspektive in Bezug „auf die präzisere Ausarbeitung des Verhältnisses der sozialarbeiterischen Methodik zu politischen Prozessen“.

Auch *Danuta Urbaniak-Zajac* wendet sich dem Thema Europa und Soziale Arbeit zu, richtet ihren Blick aber besonders auf die Folgen der Osterweiterung. Ausgehend von der Erfahrung, dass in Polen weder die Disziplin noch die Profession diesem Zusammenhang eine große Relevanz zuweisen, untersucht sie die durch den polnischen EU-Beitritt veränderten Rahmenbedingungen und konzentriert sich auf den Rückzug des Staates aus der Gestaltung des Sozialen und die daraus resultierenden Veränderungen für die Soziale Arbeit.

In dem letzten Beitrag warnt *Hans-Uwe Otto* vor einer zu starken Anpassungsbereitschaft der Sozialen Arbeit an sozialpolitische Vorgaben und entwirft ein Professionalisierungskonzept, in dem sich die Soziale Arbeit an der Erweiterung der Möglichkeitsspielräume für die Bürgerinnen und Bürger orientiert.

Zum Schluss möchten wir allen danken, die zur erfolgreichen Durchführung des Kongresses beitragen haben. Hier sind neben zahlreichen weiteren Sponsoren das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die nordrhein-westfälischen Ministerien für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familien und für Schule, Jugend und Kinder sowie die Gewerkschaften GEW und ver.di zu nennen. Weiterhin wäre ohne die Unterstützung der Hochschulen in Münster eine Realisation des Kongresses nicht möglich gewesen. Wir danken an dieser Stelle der Westfälischen-Wilhelms-Universität, der Fachhochschule Münster und der Katholischen Fachhochschule NW für die materielle sowie ideelle Unterstützung.

Die Mitglieder des Initiativkreises für den Bundeskongress Soziale Arbeit sowie der Förderverein sind mit ihrem ehrenamtlichen Engagement die treiben-

den Kräfte hinter den Bundeskongressen. Nicht zu vergessen sind ebenfalls die Mitglieder des lokalen Organisationsteams vor Ort: Prof. Dr. Karin Böllert (Uni Münster), Prof. Dr. Marcellus Bonato (FH Münster), Prof. Dr. Peter Hansbauer (FH Münster), Prof. Dr. Brigitte Hasenjürgen (KFH Münster), Prof. Dr. Helmut Lambers (KFH Münster), Prof. Dr. Helmut Mair (Uni Münster), Prof. Dr. Christine Rohleder (KFH Münster), Prof. Dr. Hiltrud von Spiegel (FH Münster), Prof. Dr. Hans-Hermann Wickel (FH Münster), Prof. Dr. Norbert Wieland (FH Münster), Prof. Dr. Margherita Zander (FH Münster) und die Mitarbeiterinnen des Kongressbüros: Silke Karsunky, Sabrina Langenohl und Sabine Schrör.

Ohne die helfenden Hände der vielen studentischen Hilfskräfte wäre ein Kongress dieser Größenordnung nicht denkbar, stellvertretend für die über 50 Hilfskräfte auf dem Kongress nennen wir hier die MitarbeiterInnen, die uns in verschiedenen Funktionen über ein Jahr in der Vor- und Nachbereitung unterstützt haben: Tim Berg, Renate Elbert, Annika Klein, Ilja Koschembar, Natascha Lembeck, Sören Möller und Maren Schwickerath.

Und natürlich gilt unser Dank auch den über 350 Referentinnen und Referenten, die zusammen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Kongresses diesem seine inhaltliche Qualität gegeben haben!

Die Produktivität des Sozialen – den sozialen Staat aktivieren

Karin Böllert

Das Kongressthema des Sechsten Bundeskongresses Soziale Arbeit ‚Zur Produktivität des Sozialen – den sozialen Staat aktivieren‘ ist mehr als eine Wortspielerei, die unterschiedliche Interpretationen ermöglicht. Die in der Thematik zum Ausdruck kommende Brisanz reicht weit über Tagesaktualitäten und kurzfristige politische Schwerpunktsetzungen hinaus. Sie bedarf allerdings einer möglichst umfassenden und zügigen Bearbeitung. Schließlich geht es um nicht Weniger als um die zukünftige Gestaltung des Sozialen und die damit einhergehenden Herausforderungen für die Soziale Arbeit.

1 Das Soziale in Zeiten der Globalisierung

Die Soziale Arbeit befindet sich gegenwärtig in einer ausgesprochen paradoxen Situation. Auf der einen Seite werden ihre Vertreter und Vertreterinnen – und damit zentral auch der Initiativkreis Bundeskongress Soziale Arbeit – nicht müde, die Bedeutung der Sozialen Arbeit für eine sozial gerechte Gesellschaft hervorzuheben. Ja, es wird sogar prognostiziert, dass angesichts tiefgreifender gesellschaftlicher Wandlungsprozesse und deren Folgen von einem Bedeutungszuwachs Sozialer Arbeit ausgegangen werden muss. Auf der anderen Seite dienen dieselben gesellschaftlichen Wandlungsprozesse nicht Wenigen dazu, den Stellenwert der Sozialen Arbeit in Frage zu stellen und ihren Umbau, wenn nicht sogar deren Abbau zu fordern. So kommen Lothar Böhnisch, Wolfgang Schröer und Hans Thiersch (2005:9) zu dem Schluss, dass zu Beginn des 21. Jahrhunderts sozialpädagogische Herausforderungen „als Aufgaben der Beratung, der Bildung, der Kompetenzentwicklung, aber auch der Grundsicherung des Lebens und der Pflege in einer bisher nicht gekannten Form“ freigesetzt werden. Dagegen fordert Wolfgang Kersting ganz neoliberal, dass „der traditionellen wohlfahrtsstaatlichen Strategie der Daseinswattung (...) ein Ende bereitet werden (muss); sie muss durch eine bürgerethische, liberale Einstellung ersetzt werden, die den leviathanischen Sozialstaat zurückdrängt und den Individuen ihr Leben mit allen Eigenverantwortlichkeitsrisiken zurückgibt und die staatlichen Leistungen auf die solidarische Sicherung einer steuerfinanzierten und einkommensunabhängigen Grundversorgung für Bedürftige beschränkt“ (2000:248).

Drei Krisenszenarien bzw. Begrifflichkeiten sind gleichermaßen die Stichwortgeber für einen immer radikaler eingeklagten Sozialabbau: die Globalisierung bzw. der digitale Kapitalismus, die Krise der Arbeitsgesellschaft und die Krise des Sozialstaates. Gemeint sind damit Dynamiken, die Prozesse in Gang setzen, an deren Ende die zentralen Modalitäten für Integration und Ausschluss, für Umverteilung und soziale Gerechtigkeit neu geregelt sein sollen (Butterwegge 2005; Sommerfeld, 2004). Für die Soziale Arbeit geht es vor diesem Hintergrund in erster Linie um die Konfrontation mit Interessen, die die endgültige Durchsetzung des Vorrangs der Ökonomie vor dem Sozialen durchsetzen wollen.

In seiner Kultur des neuen Kapitalismus hat Richard Sennett (2005) die entsprechenden Entwicklungen beschrieben. Seine Überlegungen sollen den Gedanken nahe legen, dass die Strukturen des Kapitalismus des 20. Jahrhunderts bald nostalgische Erinnerungen sein werden. Zunächst beschreibt er den Machtwechsel in den Großunternehmen von den Managern zu den Anteilseignern, die immer schneller nach Möglichkeiten der Geldanlage suchen. Die mächtig gewordenen Investoren wünschen zudem kurzfristige Ergebnisse statt langfristige Erfolge. Maßstab für das sog. ‚ungeduldige Kapital‘ ist nicht mehr die Dividende, sondern der Aktienkurs. Damit geraten die Unternehmen unter den gewaltigen Druck – so Sennett (2005:36) – „in den Augen vorbei schlenndernder Betrachter schön auszusehen“. Konstitutive Merkmale des industriegesellschaftlichen Erwerbssektors werden in ihr Gegenteil verkehrt. Stabilität wird zum Zeichen von Schwäche und mangelnder Innovationsfreudigkeit, institutionelles Beharrungsvermögen gilt als negatives Investitionskriterium. Neue Informations- und Kommunikationstechnologien haben wirtschaftliche Globalisierungsprozesse dynamisiert und beschleunigt, die Ortlosigkeit der weltweiten Kapitalzirkulation verschärft. Insbesondere für die Beschäftigungsverhältnisse haben diese Entwicklungen einschneidende Konsequenzen. Arbeit wird von sozialen Bindungen zunehmend abstrahiert. Automatisierungsprozesse machen bestimmte Tätigkeitsformen überflüssig. Weitreichende Rationalisierungsmaßnahmen und die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland verschärfen die angespannte Arbeitsmarktsituation. Diese findet auf der einen Seite in der anhaltend hohen Massenarbeitslosigkeit ihren unübersehbaren Ausdruck. Auf der anderen Seite reicht vielfach die Ankündigung von Massenentlassungen schon dafür aus, die entsprechenden Aktienkurse steigen zu lassen. Betriebsinterne Hierarchisierungen zwischen einem kleiner werdenden Kern der Stammbesetzung und einer größer werdenden Gruppe von Erwerbstätigen in prekären Beschäftigungsverhältnissen lassen den Kollegen zum potentiellen Konkurrenten werden. Konzernpolitische Entscheidungen sind immer häufiger durch soziale Bindungs- und Verantwortungslosigkeit geprägt (Negt 2001). Die Ökonomie

ist insgesamt sozial entbettet (Böhnisch 2005). Sie erklärt immer unverblümter ihren umfassenden Machtanspruch. Aus der Perspektive bspw. von Rolf. E. Breuer, dem ehemaligen Sprecher der Deutschen Bank, sind die Finanzmärkte nach den Medien die fünfte Gewalt im Staat und effektive Sensoren für Fehlentwicklungen in einem schlecht regierten Land. „Die berechtigten Interessen in- und ausländischer Investoren“ – so Breuer (2000) – „der Wunsch der Finanzmarktteilnehmer nach Rechtssicherheit und Stabilität müssen respektiert werden.“

Diese Wünsche stehen freilich nicht im Gegensatz zu den Grundorientierungen einer an Wohlstand und Wachstum orientierten Politik, sondern sind mit ihnen identisch. Offene Finanzmärkte erinnern Politiker allerdings vielleicht etwas häufiger und bisweilen etwas deutlicher an diese Zielsetzungen, als die Wähler es vermögen“. Spätestens seit dem letzten Wahlsonntag steht Breuer mit dieser Wählerschelte nicht alleine da und um so eindringlicher muss Friedhelm Hengsbach (2003) zugestimmt werden, der darauf hingewiesen hat, „dass nicht die globalen Finanzmärkte tauglich sind, die Demokratie zu steuern, sondern dass sie selbst erst demokratiefähig gemacht werden müssen“. Um so eindringlicher muss aber auch immer wieder betont werden, dass die Massenarbeitslosigkeit nichts daran ändert, dass die Teilhabe am Arbeitsmarkt für immer mehr Menschen nicht nur die zentrale materielle Lebensgrundlage darstellt. Sie ist nach wie vor das zentrale Medium sozialer Integration und Anerkennung (Galuske 2002).

In dem Maße wie der internationale Globalisierungsprozess seine Auswirkungen immer deutlicher zeigt, gerät dann schließlich der nationale Sozialstaat zunehmend unter Druck – die Aufrechterhaltung des bisherigen Systems sozialer Sicherheit wird zu einem den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährdenden Risiko. Massenarbeitslosigkeit und die dadurch wesentlich mit bedingten Finanzierungsschwierigkeiten der sozialen Sicherungssysteme sind in dieser Perspektive dann eben nicht die Folge ökonomischer Wandlungsprozesse. Stattdessen wird das Soziale zum Verursacher sozialer Folgeprobleme der Ökonomisierung erklärt. Der Wohlfahrtsstaat selbst wird zum Problem. Sein Abbau erscheint in dieser Logik als quasi naturwüchsige Konsequenz. Begründet wird dies mit der Behauptung seiner zu hohen Kosten, der zu freigiebigen Leistungsvergabe bei mangelnder Leistungsfähigkeit. Statt Leistungsgerechtigkeit zu fördern, würde er durch zu hohe Sozialabgaben die Leistungsbereitschaft untergraben, die persönliche Freiheit wird eingeschränkt und die Selbstverantwortung der Menschen ausgehöhlt. Schließlich würden sozialstaatliche Sicherungssysteme die Arbeitskraft nur unnötigerweise verteuern; auf dem globalen Markt ist diese dann letztendlich nicht mehr wettbewerbsfähig. Und weiter: die Idee der Verteilungsgerechtigkeit führe im Wohlfahrtsstaat lediglich dazu, das Netz der sozialen Hän-

gematte noch enger zu knüpfen. Statt dessen sollen soziale Ungleichheiten zum Antriebsmotor einer forcierten ökonomischen Entwicklung werden und zu mehr Eigeninitiative der Betroffenen führen. Das Soziale erscheint in dieser Perspektive doppelt unproduktiv: zum einen verhindert es die Produktivität des Privaten und zum anderen die des Ökonomischen. „Es ist nicht sozial, sondern ungerecht, (...) die Menschen durch Dauersubventionen abhängig zu machen, statt ihre Eigeninitiative und Eigenvorsorge zu stärken. Es gefährdet schließlich den Wohlstand und die soziale Sicherheit aller, wenn der Standort Deutschland wegen mangelnder Flexibilität seine Wettbewerbsfähigkeit verliert“ – so der ehemalige Präsident der Bundesbank Hans Tietmeyer (2001).

Wie kann nun angesichts solch massiver und keinesfalls vereinzelter Angriffe auf den Wohlfahrtsstaat dennoch an der im Kongressthema hervorgehobenen Produktivität des Sozialen festgehalten, wie kann diese dargelegt und begründet werden? Hingewiesen werden muss zunächst darauf, dass der soziale Sektor in den zurückliegenden Jahrzehnten enorm expandiert ist. Allein die Organisationen der freien Wohlfahrtspflege verzeichnen dabei weit höhere Beschäftigungszuwächse als die Erwerbswirtschaft und der öffentliche Sektor. Die Bruttowertschöpfung ihrer Träger hat sich im Zeitraum von 1970 bis 2000 vervierfacht, ihr Anteil am Bruttosozialprodukt hat sich im selben Zeitraum verdoppelt (Ottstad, u.a. 2000). Gelänge es außerdem die Produktivität der privaten Wohlfahrt familialer und lokaler Netzwerke in den Berechnungen des Bruttosozialproduktes mit zu berücksichtigen, dann würde dieses um ein Vielfaches höher ausfallen müssen, als es dies ohne solche Berechnungen tut. International vergleichende OECD-Daten veranschaulichen zudem, dass in den westlichen Industrienationen mit ausgebautem Wohlfahrtsstaat und deutlich geringeren Arbeitslosenquoten der Anteil der im Bereich personenbezogener sozialer Dienstleistungen Beschäftigter deutlich höher ist als der in der Bundesrepublik (Opielka 2004). Arbeitsplätze in diesen Bereichen unterliegen nicht den Bedingungen des internationalen Wettbewerbs, die Produktion personenbezogener sozialer Unterstützungs- und Hilfeleistungen kann weder ins Ausland verlagert werden, noch spielt sie in den Interessenkalkülen von Anlegern eine Rolle.

Die Produktivität des Sozialen – so kann geschlussfolgert werden – entfaltet sich ausschließlich am Ort ihrer Entstehung. Bei aller Bedeutsamkeit dieser Daten und Fakten ist allerdings von einem noch größeren Stellenwert für die Soziale Arbeit, dass die sozialen Folgen des Globalisierungsprozesses nicht weniger Wohlfahrtsstaat erforderlich machen, sondern ein Mehr an sozialer Sicherheit und Unterstützung notwendig erscheinen lassen. Der Idealmensch des globalen Zeitalters muss nämlich mindestens drei Herausforderungen bewältigen können. Die erste betrifft die Zeit, die zweite die Qualifikation, die dritte die Bereitschaft, Gewohnheiten aufzugeben und sich von Vergangenen zu

lösen. D.h. der Idealmensch muss in der Lage sein, mit kurzfristigen Beziehungen auszukommen, von einer Aufgabe zur nächsten, von einem Job zum anderen zu wandern; er muss seine Biographie improvisieren können. Außerdem hat er sich darauf einzustellen, dass nicht die rückwärtsgewandte Erinnerung an einmal erworbene Fertigkeiten und Kompetenzen oder an vergangene Leistungen lohnenswert ist. Vielmehr gilt es, den Blick auf potenzielle Fähigkeiten zu richten. Daraus folgt dann letztendlich, dass bereits gemachte Erfahrungen an Wert verlieren; an deren Stelle tritt die mehr oder weniger permanente Suche nach Neuem. Richard Sennett (2005:10), der diesen Idealmenschen charakterisiert hat, geht schließlich davon aus, dass ein

„kurzfristig orientiertes, auf mögliche Fähigkeiten konzentriertes Ich, das vergangene Erfahrungen bereitwillig aufgibt, (...) eine ungewöhnliche Sorte Mensch (ist). Die meisten Menschen sind nicht von dieser Art. Sie brauchen eine durchgängige Biographie, sind stolz darauf, bestimmte Dinge gut zu können, und legen Wert auf die Erfahrungen, die sie in ihrem Leben gemacht haben. Das von den neuen Institutionen erhobene Ideal verletzt viele der in ihnen lebenden Menschen.“

Die Entgrenzung von Statusübergängen der Lebensphasen Jugend und Alter, die Auflösung von Normalbiographien, die zunehmende soziale Segmentierung, Arbeitslosigkeit oder die Angst davor, arbeitslos zu werden, weltweite Migrationsprozesse, die gewachsenen Anforderungen an das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen, Ansprüche einer lebenslangen Bildung, die Herauslösung aus vertrauten sozialen Milieus und Kontexten, Forderungen nach Anpassungsbereitschaft, beruflicher Mobilität und einer Flexibilität der Lebensführung – die Liste der zu bewältigenden Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels ließe sich weiter verlängern und ausdifferenzieren. Dass diese Herausforderungen nicht zu Überforderungen für immer mehr Menschen werden, setzt voraus, dass ihre Bewältigung sozialstaatlich abgesichert und durch eine soziale Infrastruktur personenbezogener Dienstleistungen unterstützt wird. Nicht der Vorrang des Ökonomischen ist der Garant für die Produktivität des Sozialen, erst die sozialstaatlich abgesicherte Ermöglichung des Sozialen ist die Grundlage einer ökonomisch und sozial gerecht gestalteten Gesellschaft. Aber: welche Voraussetzungen sind hierfür gegeben?

2 Soziale Arbeit im aktivierenden Sozialstaat

Auch das tradierte System sozialer Sicherung und damit ebenso die Soziale Arbeit sind mit erheblichen Veränderungsnotwendigkeiten konfrontiert. Und tatsächlich hat es ja in den letzten Jahren einschneidende Modernisierungsbe-

strebungen gegeben, die unter der programmatischen Formel des aktivierenden Sozialstaates zusammengefasst worden sind. Dieser Staat, dessen Sozialpolitik von seinen Protagonisten als alternativlos, gerecht, zeitgemäß und modern charakterisiert wird, will eine auf Bürgersinn aufbauende aktive Gesellschaft durch die staatliche Inszenierung einer Zivilgesellschaft schaffen. Er baut effiziente Strukturen in den Institutionen auf, fördert den Wettbewerb zwischen den Trägern Sozialer Arbeit, will der Gesellschaft Raum dafür schaffen, ihre Belange selbst regeln zu können und den Beitrag jedes Einzelnen zur Gestaltung des eigenen und des gesellschaftlichen Lebens einfordern. Er sieht den Umbau vom Leistungsstaat zum Gewährleistungsstaat vor. Nicht Verteilungs- und Befähigungs- bzw. Verwirklichungsgerechtigkeit sind sein Anliegen, sondern Chancengerechtigkeit. Vorrang haben solche Maßnahmen, die für eine Teilnahme am Arbeitsleben qualifizieren. Den Erhalt von Leistungen macht er von Gegenleistungen abhängig, nur Teilnahme gewährleistet auch Teilhabe (Dahme/ Wohlfahrt, 2002; Hengsbach 2004; Opielka 2003).

Der paradigmatische Wechsel im System der sozialen Sicherung, der hierin zum Ausdruck kommt, hat im Fördern und Fordern des SGB II – auch Hartz IV genannt – seinen deutlichsten Widerhall gefunden. Im Vergleich zu seinem Vorgänger verspricht der aktivierende Sozialstaat zusammengefasst nicht Mehr und nicht Weniger als effektiver, bürgernäher, dienstleistungsorientierter, wettbewerbsfreudiger, vor allem aber billiger zu sein. Die von Fabian Kessl und Hans-Uwe Otto (2002) als neosoziale Neuprogrammierung des Sozialen analysierten Strategien des aktivierenden Staates setzen ein Selbstversorger-subjekt voraus – ein Subjekt, das als Unternehmer seiner selbst agiert. Im Mittelpunkt steht ein Menschenbild, dass getragen ist von der Selbstverpflichtung der Bürger und Bürgerinnen zu einer marktkonformen Lebensführung.

Anders formuliert: die Produktivität des Sozialen wird im aktivierenden Sozialstaat abhängig von der privaten Produktionsbereitschaft des Einzelnen statt von ihrer sozialstaatlichen Einbindung. Die Folgenhaftigkeit des eigenen Handelns muss von jedem Einzelnen selbst kalkuliert und verantwortet werden und zwar jenseits der Problematisierung ungleicher Ausgangsbedingungen und unterschiedlicher Handlungsfähigkeiten (Kessl/ Otto 2004). Aktivierung erfolgt als top-down-Modell, eine von oben geförderte und geforderte Zivilgesellschaft suggeriert, dass – Verantwortungsübernahme vorausgesetzt – die sozialen Probleme durch die Betroffenen selbst gelöst werden können (Kessl 2001; Opielka 2003; Sommerfeld 2004).

Der damit einhergehende Rückzug des Staates ist von Eckhard Hansen (2005) zutreffend mit dem Bild eines Staates beschrieben worden, der nicht mehr rudert, sondern vorgibt, sich auf das Steuern zu konzentrieren. Für die Soziale Arbeit kommt ihre Verankerung in einem aktivierenden Sozialstaat

einem Drahtseilakt gleich. Die Strategien ihrer Indienstnahme sind subtiler geworden. Ihre Auseinandersetzung mit dem aktivierenden Sozialstaat ist uneinheitlich, widersprüchlich und offenbart differente Positionierungen. Semantisch knüpft der aktivierende Sozialstaat an Konzepte und Handlungsansätze der Sozialen Arbeit wie bspw. der Hilfe zur Selbsthilfe, dem Empowerment, der Stadtteil- und Netzwerk- sowie der Gemeinwesenarbeit an und macht sie so für seine Programmatik empfänglich. Die Umsetzung der entsprechenden Programme und Methoden offenbart dann allerdings allzu häufig, dass diese Strategien oft des professionellen Kerns einer Sozialen Arbeit beraubt worden sind.

Vier kurze Beispiele sollen dies veranschaulichen. Schon seit längerem gibt es innerhalb der Sozialen Arbeit ein Einverständnis darüber, dass in spezifischen Handlungsfeldern ausgearbeitete Verfahren und Kriterien einer sozialpädagogischen Diagnostik zwingend erforderlich sind (11. Kinder- und Jugendbericht, 2002:254ff; Merchel 2003, Staub-Bernasconi 2005, Uhlenndorff 2005). Aufwändige und im Übrigen sehr anspruchsvolle sozialpädagogische Diagnoseverfahren sind dementsprechend entwickelt worden. Das, was sich in der Praxis der Sozialen Arbeit statt dessen als weniger zeit- und kostenintensiv durchzusetzen beginnt, sind fachfremde, klinischtherapeutische Verfahren, die zu einer Standardisierung der Problemwahrnehmung führen und eine Parzellierung sozialer Problemlagen zur Folge haben (Heiner 2005, Kindler 2005).

Ein weiteres Beispiel ist die Methode des Casemanagement, die neuerdings auch als Caremanagement bezeichnet wird, um den stigmatisierenden Eindruck des Managens von Fällen bzw. Personen statt den des Managements von Situationen und Leistungen zu vermeiden. Ihr Einsatz verspricht die Gewährleistung von Dienstleitungskontinuität. Die Gesamtheit des Betreuungsablaufs soll gewahrt bleiben und eine Klammer zwischen den im Hilfeprozess eingebundenen Personen und Institutionen gebildet werden. Doppelbetreuungen gilt es zu vermeiden. Diese positiven Erwartungen an das Casemanagement können aber nicht immer den neoliberalen Hintergrund kaschieren, mit dem diese Methode durch ein formalisiertes, mehrstufiges Unterstützungsmanagement kostengünstig Bedarfslagen mit vorhandenen Leistungsangeboten in Einklang bringen soll (Hansen 2005).

Ein besonderes Augenmerk hat im Kontext des aktivierenden Sozialstaates darüber hinaus die Sozialraumorientierung erlangt, u.a. bedingt durch die Auflage entsprechender Bund-Länder-Programme (Krummacher, u.a. 2003). Für die einen ist die „soziale Stadt“ Ausdruck der Akteursperspektive, die vom Opfer- und Defizitdenken Abschied nimmt, die Menschen dazu befähigt, sich für ihre eigenen Interessen einzusetzen (Lutz, 2005). In Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf sollen Ressourcen so aktiviert werden, dass sie für Alle erkennbar sind. Bewohner und Bewohnerinnen werden in Form einer neuen

Nachbarschaftshilfe zu den Gestaltern ihrer eigenen Umwelt. Demgegenüber wird von den Kritikern einer solchermaßen institutionalisierten Sozialraumorientierung hervorgehoben, dass auf der einen Seite zwar Elemente einer lokalen Integration erhalten bleiben und stabilisiert werden. Vermisst werden auf der anderen Seite aber Entwicklungspotentiale, die den Übergang aus problematischen Stadtteilen in die sog. erste Stadt eröffnen würden (Evers, u.a. 2000). Nicht die soziale oder geographische Mobilität der Bewohner und Bewohnerinnen benachteiligter Gebiete wird angestrebt, sondern ihre Aktivierung in vorgegebenen Grenzen. Letztendlich besteht dadurch die Gefahr der Schließung sozialer Räume, die von Hans-Uwe Otto und Holger Ziegler (2004; 2005) als Territorialisierung des Sozialen, als aktivierender Sozialraumorientierung statt aktiver Sozialstaatsorientierung beschrieben worden ist. Die Adressaten und Adressatinnen der Sozialen Arbeit in ihren Sozialräumen sind dann in erster Linie nicht Mitglieder einer demokratisch verfassten Gesellschaft mit Teilhaberechten, sondern primär Bewohner und Bewohnerinnen marginalisierter Stadtteile mit Teilnahmeverpflichtungen (Anhorn/ Bettinger 2005; Kessl/ Otto; 2004; Wohlfahrt 2004). Der Grundgesetzanspruch auf die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in allen Landesteilen wird insofern bereits auf der Ebene des lokalen Raums aufgegeben.

Schließlich gewinnen Fragen des Wirksamkeitsnachweises im Kontext der Sozialen Arbeit einen immer größeren Stellenwert. Der Welle einer Betriebswirtschaftlichung der Profession folgt nun eine Auseinandersetzung darüber, welche Wissensbestände und damit auch welche empirischen Erkenntnisse eine passgenaue und rationale Dienstleistungsproduktion begünstigen. Nun ist die Beschäftigung mit unterschiedlichen Wissensbeständen in der Professionalisierungsdebatte der Sozialen Arbeit keineswegs neu (Dewe 2005). Kritisch hinterfragt werden muss aber, ob die Wissensproduktion und der Wissensgebrauch einer „evidenzbasierten Praxis“ zu einer Verkürzung bzw. Instrumentalisierung professionellen Wissens im Interesse fachfremder Erfolgskriterien führt. Das aber hätte zur Folge, dass die erreichten Standards einer reflexiven und am Fallverstehen orientierten Profession aufgegeben würden.

Bei aller Unterschiedlichkeit dieser vier Beispiele und ihrer je spezifischen Blickwinkel auf die Soziale Arbeit haben sie doch einen gemeinsamen Kern. Sie verdeutlichen eine der zentralen Problematiken der Sozialen Arbeit im aktivierenden Sozialstaat: die Adressatinnen und Adressaten werden in der Aktivierungsperspektive auf das Menschenbild ökonomisch rational handelnder und selbstverantwortlicher Individuen reduziert, sie werden ihrer Biographie entkleidet und der strukturellen Verursachung ihrer Problemlagen beraubt. Dies ist die eigentliche Dramaturgie einer Ökonomisierung des Sozialen. Die Soziale

Arbeit als Bestandteil einer derartigen Aktivierungsstrategie begibt sich selbst auf einen gefährlichen Weg.

Es ist kein Zufall, dass Kürzungen und Streichungen in ihren Leistungsbereichen zuallererst bei den Bevölkerungsgruppen ansetzen, die dem genannten Menschenbild am wenigsten entsprechen, von denen eine marktkonforme Lebensführung nicht erwartet werden kann bzw. die hierzu nicht bereit sind (Lutz/Ziegler 2005). Erste Opfer des aktivierenden Sozialstaates sind Drogenabhängige, Wohnungslose, Flüchtlinge und Asylbewerber, Langzeitarbeitslose, chronisch Kranke und psychisch Beeinträchtigte. Am Ende des Abbaus des Sozialstaates steht nicht nur die dauerhafte Ausgrenzung immer breiterer Bevölkerungsgruppen, am Ende steht auch die institutionelle Spaltung der Sozialen Arbeit: Hilfe für diejenigen, die aktivierungsbereit, anpassungsfähig, mobil und flexibel sind, Kontrolle und Reglementierung an den immer breiter werdenden gesellschaftlichen Rändern.

Soziale Arbeit ist damit in doppelter Hinsicht herausgefordert: auf der einen Seite sieht sie sich qualitativ und quantitativ veränderten Problemlagen ihrer Adressatinnen und Adressaten gegenüber, auf der anderen Seite begrenzen Einschnitte in das soziale Sicherungssystem ihre sozialstaatlich begründeten Gestaltungsoptionen. Will Soziale Arbeit in dieser Situation perspektivisch nicht auf ihre längst überwunden geglaubte Funktion der repressiven Fürsorge zurückgedrängt werden, muss sie sich gegenüber entsprechenden Vereinnahmungsstrategien des aktivierenden Sozialstaates neu positionieren. Dies ist eine Aufgabe, die trotz aller weltweiten Globalisierungsprozesse eine nationalstaatliche Herausforderung bleibt und das nicht nur, weil ein soziales Europa allenfalls erst in Anfängen erkennbar ist. Nur: Wie kann eine solche Neupositionierung der Sozialen Arbeit aussehen?

3 Den sozialen Staat aktivieren

Soziale Arbeit war und ist in zweifacher Hinsicht auf den Sozialstaat bezogen. Zum einen ist sie Repräsentantin und zentraler Bestandteil sozialstaatlicher Leistungssysteme. Die unübersehbare Vervielfältigung und Ausdifferenzierung ihrer Handlungsfelder, ihrer Zuständigkeiten und ihrer Arbeitsformen, ihre Etablierung als sozialpädagogische Disziplin und ihr enormes Beschäftigungspotential für unterschiedliche Berufsgruppen verdankt sie zentral einer Expansion sozialstaatlicher Leistungsbereiche. Erst vor diesem Hintergrund konnte die Entwicklung der Sozialen Arbeit weg von einer fürsorgerischen Eingriffsverwaltung hin zu einem professionellen, dienstleistungsorientiertem Bestandteil einer sozialen Infrastruktur gelingen. Zum anderen ist die Soziale Arbeit aber

auch zivilgesellschaftliches Moment einer kritischen und selbstreflexiven Auseinandersetzung mit sozialstaatlichen Regulationen. Sie ist Repräsentantin der Anliegen, Bedürfnisse und Interessenlagen ihrer Adressaten und Adressatinnen.

Erst in dieser Doppelung Sozialer Arbeit als Teil des Sozialstaates *und* als distanzierte Kritikerin desselben, kann die Soziale Arbeit ihr eigentliches Potential entfalten. Gerade die zivilgesellschaftliche Positionierung der Sozialen Arbeit scheint ihr in der letzten Zeit allerdings zunehmend mehr abhanden gekommen zu sein. In der Praxis ist sie konfrontiert mit der Konkurrenz der Leistungserbringer, eingebunden in einen Wettbewerb um knapper werdende Mittel. In den Hochschulen ist sie Teil der unternehmerischen Umstrukturierung von Wissenschaft und eingebunden in die Anforderungen der Etablierung neuer Ausbildungsstrukturen.

Beides zusammengekommen führt zumindest ansatzweise dazu, dass sie mehr mit sich selbst, denn mit ihren eigentlichen Aufgaben der Produktion des Sozialen beschäftigt ist. Für eine Bestandssicherung des erreichten Ausbaus der Sozialen Arbeit und für die Bewältigung neuartiger Herausforderungen wird in Zukunft der Verweis auf über eine Millionen Beschäftigte, auf die Vielzahl der Träger der Sozialen Arbeit, auf ihre Normalisierung im Sinne einer Inanspruchnahme durch breite Bevölkerungsgruppen allein nicht mehr ausreichend sein. Hinzukommen muss die Entdeckung und Nutzung des damit einhergehenden gesellschaftlichen Gestaltungs- und Machtpotentials.

Nicht die Adressaten und Adressatinnen gilt es zu aktivieren. Es gilt, die Soziale Arbeit als Aktivierung eines sozialen Staates zu positionieren, als eines Staates der seinen Gestaltungsaufgaben wieder nachkommt. Ein solcher sozialer Staat ist dabei durch die kollektive Sicherung sozialer Teilhabe statt durch die Aktivierung individueller Selbstsorge charakterisiert (Kessl 2001). Er anerkennt die Vielfalt von Lebensmustern und Lebensformen und stellt Spielräume für deren Verwirklichung zur Verfügung. Er ermöglicht Handlungsoptionen für die Bewältigung des gesellschaftlichen Wandels. Insofern verhilft er der Biographie der Bürger und Bürgerinnen zu ihrem Recht. Er fördert nicht die Privatisierung des Bewältigungshandelns der Betroffenen, sondern trägt zu einer neuen Sozialpolitikisierung struktureller Problemlagen bei (Böhnisch/ Schröer/ Thiersch 2005). In seinem Kern institutionalisiert er Strategien der Änderung von Verhältnissen und ersetzt diese nicht durch die bloße Beeinflussung von Verhalten.

Erst hierdurch können dann auch auf der lokalen Ebene echte und demokratisch legitimierte Gestaltungsspielräume entstehen, in denen sich das Soziale produktiv und selbstbestimmt entfalten kann. Die Soziale Arbeit verfügt über nicht zu unterschätzende Ressourcen für diese dringend erforderliche Reformulierung einer gestaltungsorientierten Politik. Globalisierungsprozesse sind international, ihre Folgen sind national zu bearbeiten, ansonsten gefährden sie den

sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft und überfordern die Betroffenen. Hierüber gilt es die Bedeutung und den Stellenwert der Sozialen Arbeit hervorzuheben und einzufordern. Sie kann dabei auf eine breite Zustimmung bauen, die der Sozialstaat trotz aller Diskreditierungen in der Bevölkerung immer noch genießt.

Die entsprechenden Potentiale zu erkennen und zu nutzen, ist zum einen die Aufgabe einer disziplinären Selbstvergewisserung der Sozialen Arbeit. Zum anderen ist es die konstitutive Rahmung für eine selbstbewusste und kritische Praxis als Politik des Sozialen.

Der Bundeskongress Soziale Arbeit bietet hierfür eine einzigartige Plattform. In der breiten Mischung von Wissenschaft, Ausbildung, Politik und Praxis der Sozialen Arbeit will er heute und in den kommenden zwei Tagen in über 100 Veranstaltungen die Grundlagen sozialpädagogischen Handelns analysieren und einen Eindruck von der Vielfältigkeit der Handlungsfelder Sozialer Arbeit vermitteln. Er setzt sich außerdem mit den unterschiedlichsten Facetten der Lebenssituationen der Adressatinnen und Adressaten Sozialer Arbeit auseinander und will so verdeutlichen, wie die Produktivität des Sozialen durch die Soziale Arbeit verantwortet wird. Am Ende können Perspektiven erkennbar geworden sein, wie ein sozialer Staat gestaltet werden kann und welchen Beitrag die Soziale Arbeit hierzu leisten muss.

Ich wünsche uns allen im diesem Sinne im Namen des lokalen Organisationsteams spannende und weiterführende Debatten, Erfolg im Interesse der Sache und viel Spaß in Münster.

Literatur

- Anhorn, Roland/ Bettinger, Frank (Hrsg.) (2005): Sozialer Ausschluss und Sozialer Arbeit. Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit. Wiesbaden.
- Böhnisch, Lothar/ Schröer, Wolfgang/ Thiersch, Hans (2005): Sozialpädagogisches Denken. Wege zu einer Neubestimmung. Weinheim und München.
- Böhnisch, Lothar (2005): Die Kapitalismusdebatte, der Sozialstaat und die Soziale Arbeit. In: Sozial Extra, 29. Jahrgang, 2005, Heft 7 – 8, S. 6 – 9
- Breuer, Rolf-E. (2000): Die fünfte Gewalt. Herrscht die Wirtschaft über die Politik? Nein! Aber freie Finanzmärkte sind wirkungsvollste Kontrollinstanz staatlichen Handelns. In: Die ZEIT vom 27.04.2000
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2002): 11. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Bonn.
- Butterwege, Christoph (2005): Krise und Zukunft des Sozialstaates. Wiesbaden.

- Butterwegge, Christoph/ Michael Klundt (Hrsg.) (2003): Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demographischen Wandel. Opladen.
- Dahme, Heinz-Jürgen/ Wohlfahrt, Norbert (2002): Aktivierender Staat. Ein neues sozialpolitisches Leitbild und seine Konsequenzen für die Soziale Arbeit. In: neue praxis, 32. Jahrgang 2002, Heft 1, S. 10 – 32
- Deppe, Frank (2005): Globalisierung und Ausgrenzung. In: Anhorn/ Bettinger (2005): S. 45 – 56
- Dewe, Bernd: Perspektiven gelingender Professionalität. In: neue praxis, 35. Jahrgang, 2005, Heft 3, S. 257-266
- Evers, Adalbert, u.a. (2000): Soziales Kapital mobilisieren. Gemeinwesenorientierung als Defizit und Chance lokaler Beschäftigungspolitik. Dortmund
- Galuske, Michael (2002): Flexible Sozialpädagogik. Elemente einer Theorie Sozialer Arbeit in der modernen Arbeitsgesellschaft. Weinheim und München.
- Eckhart Hansen (2005): Das Case-Caremanagement. Anmerkungen zu einer importierten Methode. In: neue praxis, 35. Jahrgang 2005, Heft 2, S. 107 – 125
- Heiner, Maja (2005): Konzeptionelle und methodische Ansätze der Diagnostik in der Sozialen Arbeit. In: neue praxis, 35. Jahrgang 2005, Heft 5, S. 535-539
- Hengsbach, Friedhelm (2003): Gerechtigkeit ist nur ein Wort. In: Butterwegge/ Klundt (Hrsg.) (2003): S.22ff
- Hengsbach, Friedhelm (2004): Politische Deformation von Gerechtigkeit und Solidarität. Grundwerte schmelzen nicht von allein dahin. In: Jugendhilfe, 42. Jahrgang 2004, Heft 2, S. 74 – 82
- Kersting, Wolfgang (2000): Politische Philosophie des Sozialstaates. Weilerswist.
- Kessel, Fabian (2001): Teilnahme ohne Teilhabe? Anmerkungen zur Debatte um die zivilgesellschaftlichen Potentiale des modernen Wohlfahrtsstaates. In: neue praxis, 31. Jahrgang 2001, Heft 2, S. 129 – 144
- Kessel, Fabian (2001): Teilnahme ohne Teilhabe? Anmerkungen zur Debatte um die zivilgesellschaftlichen Potentiale des modernen Wohlfahrtsstaates. In: neue praxis, 31. Jahrgang 2001, Heft 2, S. 129 – 144
- Kessel, Fabian/ Otto, Hans-Uwe (2004): Soziale Arbeit und die Neugestaltung des Sozialen. In: Kessel/ Otto (2004).: S. 7 – 20
- Kessl, Fabian/ Otto, Hans-Uwe (Hrsg.) (2004): Soziale Arbeit und Soziales Kapital. Zur Kritik lokaler Gemeinschaftlichkeit. Wiesbaden.
- Kessel, Fabian/ Otto, Hans-Uwe (2002): Aktivierende Soziale Arbeit. Anmerkungen zu neosozialen Programmierungen Sozialer Arbeit. In: neue praxis, 32. Jahrgang 2002, Heft 5, S. 444 – 456
- Kindler, Heinz (2005): Evidenzbasierte Diagnostik in der Sozialen Arbeit. In: neue praxis, 35. Jahrgang 2005, Heft 5, S. 540-545
- Krummacher, Michael/ Kulbach, Roderich/ Waltz, Viktoria/ Wohlfahrt, Norbert (2003): Soziale Stadt, Sozialraumorientierung, Quartiersmanagement. Revitalisierung lokaler Sozialpolitik oder lokalpolitisch flankierter Sozialstaatsumbau. In: neue praxis, 33. Jahrgang 2003, Heft 6, S. 569 – 584
- Lutz, Ronald (2005): Erschöpfte Sozialarbeit? Eine Rekonstruktion ihrer Rahmungen. In: neue praxis, 35. Jahrgang 2005, Heft 2, S. 126 – 144

- Lutz, Tilman/ Ziegler, Holger (2005): Soziale Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat – Bewahrer oder Totengräber des Rehabilitationsideals? In: Widersprüche, 25. Jahrgang 2005, Heft 97, S. 123 – 134
- Merchel, Joachim (2003): „Diagnose“ in der Hilfeplanung: Anforderungen und Problemstellungen. In: neue praxis, 33. Jahrgang 2003, Heft 6, S. 527 – 542
- Negt, Oskar (2001): Arbeit und menschliche Würde. Göttingen.
- Opielka, Michael (2004): Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven. Reinbek bei Hamburg.
- Opielka, Michael (2003): Was spricht gegen die Idee eines aktivierenden Sozialstaates? Für Neubestimmung von Sozialpädagogik und Sozialpolitik. In: neue praxis, 33. Jahrgang 2003, Heft 6, S. 543 – 557
- Otnad, Adrian/ Wahl, Stefanie/ Miegel, Reinhard (2000): Zwischen Markt und Mildtätigkeit. Die Träger der Freien Wohlfahrtspflege im Umbruch. München.
- Otto, Hans-Uwe/ Ziegler, Holger (2004): Sozialraum und Sozialer Ausschluss. Die analytische Ordnung neo-sozialer Integrationsrationalitäten in der Sozialen Arbeit. In: neue praxis, 34. Jahrgang 2004, Heft 2 und Heft 3, S. 117 – 135, S. 271 – 291
- Otto, Hans-Uwe/ Ziegler, Holger (2005): Sozialraum und Sozialer Ausschluss. Die analytische Ordnung neo-sozialer Integrationsrationalitäten in der Sozialen Arbeit. In: Anhorn/ Bettinger (2005): S. 115 – 146
- Sennett, Richard (2005): Die Kultur des Neuen Kapitalismus. Berlin.
- Sommerfeld, Peter (2004): Sind gesellschaftliche Probleme gemeinschaftlich lösbar? Soziale Arbeit und der zivilgesellschaftliche Umbau des Wohlfahrtsstaates. In: Kessel/ Otto (2004): S. 225 – 250
- Staub-Bernasconi, Silvia (2005): Diagnose als unverzichtbares Element von Professionalität. In: neue praxis, 35. Jahrgang, 2005, Heft 5, S. 530-534
- Tietmeyer, Hans (2001): Dieser Sozialstaat ist unsozial. Nur mehr Freiheit schafft mehr Gerechtigkeit. Zur Verteidigung der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. In: Die ZEIT vom 31.10.2001
- Uhlendorff, Uwe (2005): Sozialpädagogische Diagnosen: Traditionslinien und aktuelle Herausforderungen. In: neue praxis, 35. Jahrgang 2005, Heft 5, S. 524-529
- Wohlfahrt, Norbert (2004): Bürgeraktivierung statt Nutzerorientierung? Das Quartier im Mittelpunkt managerieller Verwaltungsmodernisierung. In: Kessel/ Otto (2004): S. 123 – 138

I. Die Produktivität des Sozialen durch Soziale Arbeit gestalten

Woher kommt die Produktivität des Sozialen? Ansätze zu einer Analyse ihrer Produktivkräfte

Michael May

1 Zum gesellschaftlich-historischen Kontext dieser Frage

Die Produktivität des Sozialen im Allgemeinen und der professionellen Sozialen Arbeit im Besonderen sind nicht erst heute zu einem Thema geworden, an dem selbst ein Bundeskongress Sozialer Arbeit nicht vorbei kann. Sie wurden schon einmal in den 70er Jahren sehr heiß diskutiert. Damals wie heute lässt sich ein doppelter Hintergrund identifizieren:

- zum einen die trotz vielfach erwiesener gesellschaftlicher Notwendigkeit immer wieder politisch in Zweifel gezogenen Legitimität Sozialer Arbeit;
- zum anderen das damit korrespondierende gebrochene Selbstbewusstsein der im Bereich Sozialer Arbeit professionell Tätigen.

Damals in den 70er Jahren wurde im akademischen Bereich heftig darüber gestritten, ob es sich bei Hausarbeit und professioneller Sozialer Arbeit um in Marx' werttheoretischem Verständnis produktive (= mehrwertschaffende) oder unproduktive Arbeiten handelt. Bezogen auf die professionelle Soziale Arbeit ging es in dieser sehr ökonomistisch ausgerichteten Debatte eigentlich um die Frage, ob und wie sich gesellschaftsverändernde Absichten mit beruflichen Strategien in Einklang bringen lassen. Der Titel des Buches von Adrian Gaertner und Christoph Sachße von 1978 „Politische Produktivität der Sozialarbeit“ kann in diesem Zusammenhang sicher als ein Zugewinn an (Selbst-)Reflexivität gewertet werden.

Heute geht es bei der Debatte um die Produktivität Sozialer Arbeit üblicherweise um eine mehr betriebswirtschaftliche Legitimation. Nicht der Gebrauchswert der geleisteten Sozialen Arbeit, sondern deren Wirtschaftlichkeit steht im Vordergrund. Argumentiert wird, dass durch Einführung von Marktp Prinzipien sich die Effizienz Sozialer Arbeit steigern ließe.

Unabhängig von der Frage, ob sich Soziale Arbeit überhaupt marktförmig organisieren lässt, wurde wiederholt schon auf die Nichthaltbarkeit der weit verbreiteten Überzeugung verwiesen, dass Märkte Leistungswettbewerbe organisierten (vgl. z.B. Neckel/ Dröge 2002). Da der Markt ja nicht nach dem Prin-